

ZBB 2009, 447

GmbHG § 64 Abs. 2 a. F.

Keine Haftung des GmbH-Geschäftsführers bei Zahlung rückständiger Sozialversicherungsbeiträge oder Lohnsteuer nach Insolvenzreife

OLG Frankfurt/M., Urt. v. 15.07.2009 – 4 U 298/08 (nicht rechtskräftig; LG Frankfurt/M.), ZIP 2009, 2293

Leitsatz:

Ein organschaftlicher Vertreter, der bei Insolvenzreife der Gesellschaft den sozial- oder steuerrechtlichen Normbefehlen folgend Arbeitnehmeranteile der Sozialversicherung oder Lohnsteuer abführt, handelt mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und ist nicht nach § 64 Abs. 2 GmbHG a. F. der Gesellschaft gegenüber erstattungspflichtig.